

April 2019

roter Käfer



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- VW verschärft Sparkurs
- Unternehmer-Risiko?
- Fritz und die Produktivität
- Reichtum steigt
- Geld für Waffen
- Steuerbetrug
- Krieg und Frieden

www.dkp-braunschweig.de

VW verschärft Sparkurs

Trotz eines neuen Verkaufsrekordes von 10,8 Millionen KFZ und einem Gewinn nach Steuern von 12,2 Milliarden € will allein die Kernmarke VW PKW in den nächsten 5 Jahren 7000 Stellen zusätzlich streichen, vor allem in der Verwaltung. Mit den im Zukunftspakt von 2016 vorgesehenen 14.000 Arbeitsplätzen, ergibt das eine Vernichtung von 21.000 Arbeitsplätzen.

Das Ganze nennt sich „Ergebnisverbesserungsprogramm“ und soll ab 2023 jährlich 5,9 Milliarden € einbringen. Die Umsatzrendite soll von 3,8% auf 6% gepusht werden. Bis 2025 sollen Produktivität und Effizienz insgesamt um 30% steigen.

Immer das gleiche Lied

Rauf mit Produktivität, Absatz und Rendite, runter mit den Arbeitsplätzen, es ist immer das gleiche Lied - bei VW, BMW, Daimler, Opel, Ford, Galeria-Kaufhof usw. Das entspricht kapitalistischer Logik.

Bei VW ist es aufgrund einer hoch organisierten Belegschaft, eines starken IG Metall-Betriebsrates, des Landesanteils an VW und des VW-Gesetzes möglich, Lösungen ohne betriebsbedingte Kündigungen zu finden. Das Profitstreben des Porsche-Piëch-Clans und der Kataris kann ab und zu etwas gebremst werden. Der Betriebsrat kann selbstbewusst auftreten und Bedingungen stellen.

Innerbetriebliche Lösungen

Die Arbeit wird innerhalb des Konzerns so verteilt, dass Standortschließungen verhindert werden. Eine Kampfaufgabe wird es, im Aufsichtsrat eine Mehrheit gegen eine zusätzliche Fabrik in Osteuropa zu erreichen. Rechnerisch möglich ist es. Das sind innerbetriebliche Lösungen, die so-



ziale Härten für die Belegschaft verhindern können. Das ist schon mal besser als bei Opel oder Ford - dort gibt es keinen Landesanteil und kein VW-Gesetz.

Die Jobs sind weg!

Aber: Die Jobs sind weg. Die Folgen der Umstellung auf E-Mobilität für die Zulieferer und die Werkstätten noch nicht eingerechnet. Die Stadtkämmerer der betroffenen Städte werden jetzt schon mal die entfallenden Steuereinnahmen kalkulieren.

Die Piëchs, Porsches, Diess und Co. entscheiden sich im Zweifel immer für den Profit. Arbeitsplätze sind für die Kapitalisten nur Kostenfaktoren, die zu reduzieren sind. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist auch bei VW nicht aufgehoben.

Es reicht auch nicht aus, auf „unfähige“ Manager zu schimpfen und deren über-

höhte Bezüge anzuprangern. Denn mal angenommen, alle Manager aller Autofirmen machten keine Fehler und könnten am möglichen Limit produzieren lassen: Die Probleme der bestehenden Überkapazitäten würden sich verstärken.

Arbeitszeit kürzen

Ohne eine radikale Arbeitszeitverkürzung, zumindest in der hochproduktiven Automobilindustrie, die in Europa von weniger als einer Handvoll Konzerne beherrscht wird, ist das Problem nicht zu lösen. Ganz zu schweigen davon, dass jede Erhöhung der Produktion, den ökologischen Kollaps befördert. „System Change not Climate Change“ ist eine der Hauptlösungen der Klimabewegung und der aktuellen SchülerInnenproteste.

Auch Automobilbeschäftigte und ihre Gewerkschaften müssen endlich wieder über Alternativen zum Kapitalismus nachdenken. Dass der unsere Probleme nicht löst, haben mittlerweile viele durchaus erkannt.





Unternehmer-Risiko?

Der Unternehmer trägt ja auch das Risiko! Das ist eine der wichtigsten Behauptungen, wenn es um die Rechtfertigung der horrenden Profite geht, die niemals hoch genug sein können. Da reichen 3,8 % Umsatzrendite wie zuletzt bei VW Pkw natürlich nicht aus, die muss mindestens auf 6 % gepuscht werden. Das nächste Zwischenziel ist dann Toyota, da sollen es mehr als 10 % sein.

„Wir sind nicht das Paradies, sondern ein Unternehmen. Alle Investitionen müssen sich rechnen“, ließ sich der Multi-Milliardär Wolfgang Porsche vom Genfer Autosalon im März vernehmen. Und weiter: „Als Anteilseigner kann ich nur mit Nachdruck darauf verweisen, dass wir flexibler und effizienter werden müssen. Wir geben eine Arbeitsplatzgarantie bis 2025 oder sogar bis 2028 und wissen nicht, was in zwei Jahren aus China kommt. Das ist für mich problematisch“. Schließlich trage man ja das Risiko.

Doch genau das lässt sich immer schneller auf die Beschäftigten abwälzen. Eindeutige Managementfehler wie die komplexe und teure Variantenvielfalt oder fehlendes Personal auf den Prüfständen für die WLTP-Tests, oder nun Versorgungsengpässe wegen der gestiegenen Nachfrage nach Autos mit Benzinermotoren führen zu Schichtabsagen, auch mal eine ganze Woche.

Tritt nun das Unternehmerrisiko in Kraft? Weit gefehlt, dafür sind die Milliarden des Porsche/Piëch-Clans und der Scheichs von Katar nicht gedacht. Da kann man doch leicht auf die Freizeitguthaben und Urlaubsansprüche der Beschäftigten zurückgreifen. Sollen die doch das Risiko übernehmen.

Höchste Zeit, dass die Mehrheit von Land, Betriebsrat und Gewerkschaft im Aufsichtsrat diesen profitgierigen Großaktionären mal politische Leitplanken verpasst.



Fritz zu den Produktivitäts-Steigerungen

„Das war klasse wie die Kollegin auf der letzten Betriebsversammlung von den neuen Zeitaufnahmen berichtet hat.“

„Da siehste mal, angeblich neue Kultur, aber die Beschäftigten einzubeziehen und auch noch auf sie hören, Fehlanzeige“

„War ja nicht die einzige Abteilung, wie sich rausgestellt hat, weitere werden folgen. Als wäre in den letzten Jahrzehnten nicht schon die Luft überall rausgelassen

worden. Wenn ich mich erinnere, wie wir früher schon vor Feierabend unser Soll erfüllt hatten, wenn ich dran denke, wie toll das arbeiten ohne AK war, mit den gemeinsamen Pausen..“

„Der rote Großvater erzählt. Aber Du hast ja recht, wir fahren bereits am Limit. Und obwohl der Ergonomie teilweise mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, nach der Schicht sind doch alle fertig. Dann die unterschiedlichen Schichtmodelle und rin inne Kartoffeln und raus ausse Kartoffeln. Aber wegen der Zeitaufnahmen, da gibt es doch Tarifverträge und Reklamationsrechte, Du weisst doch immer Bescheid?“

Ja, es gibt z. B. den Tarifvertrag über Leistungs- und Personalbemessung von 2009. Da heißt es unter § 4.3.5.: Der Betrieb, die betroffenen Beschäftigten und

Der Reichtum ist fest in den Händen der Oligarchen

Plus 2,5 Milliarden – Pro Tag!

Das Vermögen der Superreichen wächst und wächst. Im vergangenen Jahr ist es um 12 Prozent gestiegen. Das sind plus 2,5 Milliarden – pro Tag! Im selben Zeitraum ist das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung um 11 Prozent gesunken.

Im vergangenen Jahr verfügten 26 Personen über ebenso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – das sind 3,8 Milliarden Menschen.

Alles weit weg von uns?

Von wegen – auch in der BRD hat sich die Zahl der Milliardäre auf über 200 verdoppelt. Die deutschen Milliardäre konnten ihr Vermögen im vergangenen Jahr um 20 Prozent steigern. Das reichste Prozent der Deutschen verfügt über ebenso viel Vermögen wie die 87 Prozent der ärmeren deutschen Bevölkerung. Der Porsche-Clan z.B. hat sein Vermögen 2018 von 8,5 Milliarden Euro auf jetzt 12 Milliarden vermehrt, das sind fast 10 Millionen pro Tag.

Betriebs-Rente von Daimler-Chef Zetsche: 4 200 Euro – pro Tag!!

5. Januar: Happy Fat Cat Day

Schon am 5. Januar war Happy Fat Cat Day! An diesem Tag hat ein DAX-Vorstand in Deutschland durchschnittlich bereits so viel verdient wie ein normaler Beschäftigter der Firma im gesamten Jahr 2019. Bei VW ist dieser Tag schon am 4. Januar erreicht. **Echt fette Katzen!!**

der Betriebsrat haben das Recht, die Vereinbarung zur Personalbemessung und zu den Leistungsanforderungen unter Angabe von Gründen zu reklamieren, wenn sie diese für nicht zumutbar halten; in diesem Fall findet §11 (einschließlich der §§ 5 und 6) Anwendung.

Also, wenn ihr der Meinung seid, bei Euch passt was nicht, meldet Euch beim Betriebsrat. Tarifverträge sind mehr als ein Stück Papier!

Meint jedenfalls

Euer Fritz

Impressum:

Herausgeber:
DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel
V.i.S.d.P.: Werner Hensel
Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig



Geld für mörderische Waffen - Kein Geld für Rentner

Milliarden für Waffen und Kriege aber kein Geld für Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und denen trotzdem Altersarmut droht? Wenn es nach Merkel, Kramp-Karrenbauer, von der Leyen und anderen Politikern geht, die sich „christlichen Grundsätzen“ verpflichtet fühlen, ja. Und das kriegslüsterne Springer-Blatt „Bild“ liefert die Begleitmusik.

„Die gesetzliche Rente wird zur immer größeren Belastung für alle Steuerzahler“, jammert „Bild“ und malt eine „Ren-

ten-Explosion“ an die Wand. Und das in einem Land, in dem der Durchschnitts-Rentner 800 Euro im Monat weniger hat als in Österreich.

Gleichzeitig empört sich das Boulevard-Blatt, weil Finanzminister Scholz nicht so viel Geld für Rüstung ausgeben will, wie Trump und sein rüpelhafter Statthalter in Berlin, Botschafter Grenell, befehlen. Letzteren müsste man sofort ausweisen und in einen Flieger nach Washington setzen.

Steuerdumping und Steuerbetrug

Die Befehlsausgabe erfolgte beim "Tag der deutschen Industrie" im vergangenen September. BDI-Präsident Dieter Kempf forderte Steuererleichterungen für Unternehmen.

Die auf dem Industriellentag anwesende Bundeskanzlerin Merkel signalisierte: Wir haben verstanden und werden eine Absenkung der Unternehmenssteuern prüfen. Und das in einer Zeit, wo die Wirtschaft die höchsten Exportüberschüsse einfährt, die höchsten Gewinne erzielt und Rekord-Dividenden ausschüttet.

Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) will jetzt Spitzenverdienern und Konzernen

weitere zig-Milliarden Euro schenken. Ein Entlastungspaket von 20 Milliarden Euro pro Jahr will er für Unternehmer und Konzerne schnüren.

Die Masse der Lohnsteuerzahler und Verbraucher soll dagegen weiter bluten. Sie bleiben die "Goldesel des Fiskus". Die Lohnsteuer, Mehrwertsteuer und andere Verbrauchssteuern erbringen inzwischen zwei Drittel des Steueraufkommens. Die Körperschaftsteuer (das ist die Gewinnsteuer für die Aktiengesellschaften) bringt nur magere 4,5% der gesamten Steuern. Die Grundsteuer, als letzte verbliebene Vermögensteuer, steuerte gerade mal 3,7 Mrd. Euro (1,8%) bei.

Superreichensteuer könnte 18 Milliarden Euro einbringen

Stefan Bach, Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat errechnet, dass eine Vermögenssteuer von 2 % ab einem Vermögen von einer Milliarde Euro (die Reichen würden es kaum merken) 17,7 Milliarden Euro pro Jahr in die deutsche Staatskasse spülen würde.

Da kann man nur sagen: Finanzminister Scholz, SPD, übernehmen Sie!

Niedersachsen:

Jeder 5. Rentner von Altersarmut bedroht

Bis zur Jahrtausendwende hat die gesetzliche Rente den Lebensstandard nach dem Berufsleben gesichert. Dann hat die Schröder/Fischer-Regierung beschlossen: Niedrige Beiträge sind wichtiger als eine verlässliche Altersversorgung. Also wurden die Abgaben gesenkt, bis die Rentenkasse leer war. Das Rentenniveau trat den Sinkflug an. Als Ausgleich sollten die Beschäftigten privat vorsorgen, Arbeitgeber wurden entlastet. Parallel breitete sich der Niedriglohnsektor samt prekären Jobs aus. Fatale Folge: Viele sind nicht in der Lage, mit privaten Zusatzversicherungen für das Alter vorzusorgen. In Niedersachsen ist inzwischen jeder fünfte Rentner/Rentnerin von Altersarmut bedroht. In den letzten zehn Jahren hat sich ihre Zahl auf 20,8% fast verdoppelt. Danke an CDU/SPD/Grüne, die die ganzen Jahre einzeln oder gemeinsam an der Regierung waren.

Mietenwahnsinn:

Neue Wohnungen unbezahlbar!

Bezahlbarer Wohnraum ist vielerorts zum Luxusgut geworden. Auch in vielen niedersächsischen Städten sind Neubauten für Haushalte mit Durchschnittseinkommen unerschwinglich.

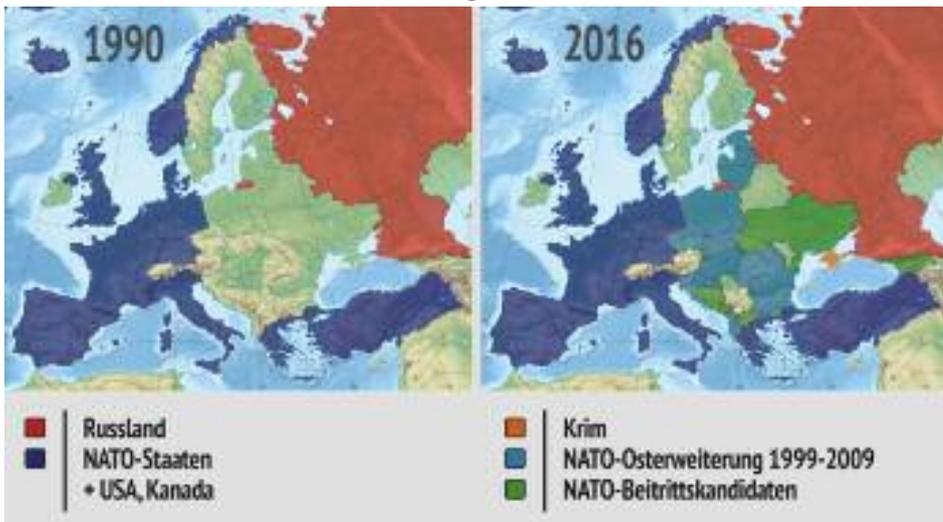
Jahrelang kannten die politisch Verantwortlichen nur ein Credo: Markt vor Staat. Also wurden Wohnbaugesellschaften privatisiert, kamen öffentliche Grundstücke unter den Hammer und dem Markt wurde freie Bahn gelassen. Das Ergebnis: Bezahlbarer Wohnraum ist zum Luxusgut geworden. Schuld sind die Mechanismen des kapitalistischen Wohnungsmarktes, der zu Grundstücksspekulation und zu Profitmacherei mit Wohnungen führt. Mieten von 15, 20 oder 25 Euro pro Quadratmeter sind kein Naturgesetz. Dauerhaft soziale Mieten sind prinzipiell möglich. Nur der Anspruch auf Profit verhindert das.

Aus der Rede der 15jährigen Klimaaktivistin Greta Thunberg auf der UN-Klimakonferenz in Polen im Dezember 2018:

„Unsere Zivilisation wird dafür geopfert, dass eine sehr kleine Anzahl von Menschen weiterhin enorme Mengen von Geld machen kann. (..) Ihr stiehlt unsere Zukunft“. Und sie schließt mit dem Satz: „Der Wandel kommt, ob Ihr wollt oder nicht.“

NATO-Osterweiterung

Wer ist wem an die Grenzen gerückt?



70 Jahre NATO sind genug!

Die NATO feiert ihr 70-jähriges Bestehen. In den Medien wird sogar von einem angeblichen Friedensbündnis gesprochen.

Wir stellen klar:

DIE NATO ist ein Kriegsbündnis!

Spätestens seit dem Zerfall des Warschauer Paktes hat die NATO ihr Berechtigung verloren. Statt sich aufzulösen, rückte sie, gegen alle Absprachen, immer

näher an Russland und erweiterte sich auf 29 Staaten. Die NATO bzw. NATO-Staaten sind verantwortlich für mindestens drei völkerrechtswidrige Kriege: Kosovo Afghanistan und Lybien.

Deshalb fordern wir:

NATO raus aus Deutschland!

Deutschland raus aus der NATO!

(aus einem Aufruf des Friedensbündis/Friedenszentrum Braunschweig)

Friedensmacht EU?

Vor der Wahl des EU-Parlaments wird uns in den buntesten Farben das Bild von einer „Friedensmacht EU“ präsentiert. Die Bundesregierung behauptet: „Über 70 Jahre Frieden in Europa (...) Während unsere Väter, Großväter und Urgroßväter noch in den Krieg zogen, dürfen wir heute unseren europäischen Nachbarn vertrauen. (...) Das gemeinsame Haus Europa sichert den Frieden.“

Mit der Realität hat das nichts zu tun.

Vor 20 Jahren, im März 1999, startete die mit der EU verbündete NATO einen 78 Tage dauernden Bombenkrieg gegen Serbien. 2 500 Zivilisten, darunter 78 Kinder, wurden durch die westliche Allianz getötet. Die EU steht seitdem für mehr Aufrüstung, internationale Kriegseinsätze und gemeinsam mit NATO und USA für das Vorantreiben eines neuen Kalten Krieges gegen Russland.

Bereits im Lissabon-Vertrag der EU von 2009 ist festgehalten, dass sich die Mitgliedstaaten verpflichten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Auf dieser Grundlage wurde 2017 die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ – englisch abgekürzt PESCO – vereinbart. Das bedeutet: Mehr Staatsausgaben für Rüstungsprojekte, gemeinsame Militärmissionen, panzertaugliche Autobahnen innerhalb der EU für 6,5 Milliarden Euro.

Deshalb bei der EU-Wahl konsequente Friedenskräfte wählen!

Ostermarsch 2019

Wolfsburg:

Nein zu weiterer Aufrüstung! Nein zu Atomwaffen in Europa!

Ostersamstag, 20. April, 11.00 Uhr ab Gewerkschaftshaus

Rednerinnen und Redner:

- Hartwig Erb (IG Metall Wolfsburg)
- Mechthild Hartung (VVN-BdA Wolfsburg)
- Wiltrud Rösch-Metzler (Pax Christi)

Braunschweig:

Abrüsten statt Aufrüsten! Rettet den INF-Vertrag

Ostersamstag, 20. April, 11.00 Uhr, Kohlmarkt



Rettet den Vertrag über das Verbot von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF)

Die USA und jetzt auch Russland haben den INF-Vertrag von 1987 gekündigt. Sie werfen sich wechselseitig die Verletzung des bestehenden Vertrages vor. Allerdings wurde der im Vertrag vereinbarte Kontrollmechanismus seit Jahren nicht mehr angewandt und die USA lehnten zuletzt das Angebot Russlands auf Inspektion der inkriminierten Raketen ab.

Wir rufen die Bundesregierung auf, ein klares Zeichen gegen Atomwaffen und

gegen die Aufkündigung von Rüstungskontrollverträgen zu setzen, indem sie den Atomwaffen-Verbotsvertrag (TPNV) unterzeichnet.

Wir fordern die Bundesregierung auf, der Stationierung von Atomraketen in Deutschland und Europa zu widersprechen und endlich die Atomwaffen aus Büchel abziehen zu lassen.

**Kein neuer Rüstungswettlauf!
Keine Atomraketen in Deutschland und Europa!**



www.kommunisten.de

www.dkp.de

www.dkp-braunschweig.de